

Annahme-Bureau
In Posen außer in der
Exposition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei E. A. Ulrich & Co.,
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streifand,
in Reseritz bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei E. A. Paube & Co.,
Haasenklein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 373.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reichs an.

Donnerstag, 31. Mai.

Inserate 20 Pf., die sechsgeheilte Bettstelle oder berei-
tete Raum, Reflektoren verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Amtliches.

Berlin, 30. Mai. Der König hat dem geheimen Regierungsrath
Gaebe zu Posen den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse ver-
liehen.

Der König hat dem Referendar und Seconde-Lieutenant der Re-
serve des 2. schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 8, Freiherrn von
Gumboldt-Dachroeden, die Kammerjunfer-Würde verliehen.

Der König hat dem Ober-Präsidenten a. D. Hans Hugo von
Kleist-Regow auf Riedow, im Kreise Belgard, den Charakter als wirk-
licher geheimer Rath mit dem Prädikat Excellenz verliehen; den früheren
Professor am Polytechnikum in München, Dr. August von Kluckhohn,
zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Uni-
versität in Göttingen ernannt und dem Amtshauptmann Rubach zu
Siebenbrunn den Charakter als geheimer Regierungsrath verliehen.

Dem Senator der königlichen Akademie der Künste in Berlin,
Bildhauer Edmund Ende, dem Mitgliede der königlichen Akademie
der Künste in Berlin, Historienmaler Friedrich Gesellschaft und dem
Bildhauer Paul Otto aus Berlin, zur Zeit in Rom, ist das Prädikat
Professor beigelegt worden.

Deutscher Reichstag.

91. Sitzung.

Berlin, 30. Mai. Am Tische des Bundesraths: Bödiker.

Präsident v. Leszowski eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Die dritte Verhandlung der Gewerbeordnungs-Novelle
wird fortgesetzt.

§ 56 bezeichnet diejenigen Waaren, deren Feilbieten im Umherziehen
nicht gestattet sein soll.

Abg. Dr. Baumbach beantragt, das Feilbieten von Gold- und
Silberwaaren, sowie von Taschenuhren, vom dem Verbot auszuschließen.

Abg. Reichensperger (Kreuzfeld) hält gerade bei diesen Gegen-
ständen die Bestimmungen des § 56 für besonders notwendig. Dieje-
nigen, die feste Kundtschaft haben, würden von dieser Bestimmung nicht
getroffen werden, da sie in der Lage sind, ihre Waaren auch ohne Um-
herziehen zu verkaufen.

Abg. Büchtemann bittet, den Antrag anzunehmen; der Grund,
daß die Hausierer oft die Leute mit unedlen Waaren betrügen, kann
nicht maßgebend sein, um das ehrliche und solide Gewerbe zu schädigen.
Geb. Rath Bödiker bittet das Haus bei den Beschlüssen der
zweiten Lesung zu bleiben, da dadurch das solide Geschäft nicht geschä-
digt werden wird.

Abg. Kochmann (Landsberg) bestreitet dies, da die meisten Gold-
und Silberwaaren zur Zeit durch Umherziehen vertrieben werden. Ver-
hindern wir die Freiheit der Bewegung, so verhindern wir auch die
Entwicklung der Kunstindustrie. Wenn man glaubt, daß nur beim
Vertrieb von Goldwaaren unredlich gehandelt wird, so irre man sich,
auch beim Verkauf von Getreide gehe es nicht immer ganz redlich her.
(Unruhe rechts.)

Geb. Rath Bödiker führt aus, daß die Regierung stets in
diesen Bestimmungen Rücksicht auf das Kunstgewerbe genommen habe,
daß sie aber zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß dasselbe nicht ge-
schädigt werden würde durch den Ausschluß dieser Waaren vom
Wanderbetrieb. Es handelt sich bei allen diesen Bestimmungen nicht
um eine Beschränkung der Freiheit sondern der Unredlichkeit. (Beifall
rechts.)

Abg. v. Köllner hält diese Bestimmungen für das platte Land
durchaus für notwendig; man kann sich gegen Betrug in der Stadt
sehr gut schützen, nicht aber auf dem flachen Lande. Uebrigens wird
von den Landbewohnern selbst im Ganzen nicht so viel befragt, als
in der einen Stadt Berlin. Gerade weil die Dummen nicht alle wer-
den, deshalb wollen wir, daß die Klugen nicht die Dummen sollen aus-
nutzen können. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Blum scheidet von der Ablehnung des Antrages
Baumbach eine große Schädigung der Goldindustrie. Wenn er auch
die Möglichkeit des Betrages in diesem Fall nicht bestreitet, so wird er
doch im Interesse der Industrie für den Antrag eintreten.

Der Antrag Baumbach wird mit 143 gegen 131 Stimmen ab-
gelehnt und § 56, Nr. 1-9, unverändert angenommen.

Die letzte Nummer von § 56 lautet:

Ausgeschlossen vom Feilbieten im Umherziehen sind ferner:

10. Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke, welche mittelst
Zusicherung von Gewinnen oder Prämien vertrieben werden, so-
fern diese Gewinne oder Prämien nicht in Schriften oder Bild-
werken bestehen.

Abg. Adermann beantragt, statt Ziffer 10 zu setzen:
„Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke, insofern sie
in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniß zu geben geeignet
sind, oder welche mittelst Zusicherung von Prämien oder Ge-
winnen vertrieben werden“.

und außerdem als neuen Absatz hinzuzufügen:

„Der Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke im
Umherziehen feilbieten will, hat ein Verzeichniß derselben der
zuständigen Verwaltungsbehörde seines Wohnortes zur Geneh-
migung vorzulegen. Die Genehmigung ist nur zu verlagern, so
weit das Verzeichniß Druckschriften, andere Schriften oder Bild-
werke der vorbezeichneten Art enthält. Der Gewerbetreibende
darf nur die in dem genehmigten Verzeichnisse enthaltenen Druck-
schriften, anderen Schriften oder Bildwerke bei sich führen und
ist verpflichtet, das Verzeichniß während der Ausübung des
Gewerbebetriebes bei sich zu führen, auf Erfordern der zustän-
digen Behörden oder Beamten vorzuzeigen und, sofern er hierzu
nicht im Stande ist, auf deren Geheiß den Betrieb bis zur Ver-
beischaffung des Verzeichnisses einzustellen“.

Abg. Stöcker: Zwei Anschauungen stehen sich hier gegenüber,
die Beschlüsse der zweiten Lesung und unser Antrag. Wir stehen auf
dem Standpunkt des christlich-religiösen Lebens und wollen der sittlichen
Verderbnis, die aus der Buchhändler-Kolportage entsteht, in entschiedener
Weise entgegenreten. Der Standpunkt des materiellen Erwerbes ist hier
nicht der richtige; denn wenn es sich um eine Mill. Thlr. und um eine Mill.
Seelen handelt, so stehen wir auf Seiten der letzteren (Weiterkeit links).
Naturgemäß müssen auch die Kolportage selbst allmählich sittlich ruiniert
werden. Das bedingt ihr Geschäft. Wir verkennen nicht, daß vor
Allem das Gesetz zur Hebung der Sittlichkeit der kräftigste Faktor ist.
Man sagt nun, die Schundliteratur ist im Abnehmen begriffen. Das
trifft indessen nur auf die Jugendliteratur zu, nicht auf die Schund-

und Schauerromane. Von den Vertreibern der Sonntagspredigten ist
mir eine Kollektion solcher Schundschriften zugegangen, und ich habe
mich gewundert, wie bei unserem Volke noch so viel gesunder Sinn
sich findet, da es doch mit solcher Schundliteratur gespeist wird. Schon
die Titel zeigen den unsittlichen Inhalt. Da heißt es: Cloira, die
Zigeunerkönigin (Weiterkeit), Suleika, die Perle des Harems oder der
schwarze Mädchenräuber von Stambul, Ein gebrochener Frauenherz
oder die Bekenntnisse einer Wahnsinnigen. (Fortgesetzte Weiterkeit;
Auf: Weiter lesen!) Das erste Werk ist ein Wirrsal von Unzucht,
Blut und Niedertracht. (Weiterkeit.) In dem Prospekt heißt es: O
versucht ihn nicht, wenn er ein Schloß niederbrennt, es geschah Alles
um Cloiras willen. (Große Weiterkeit.) Die Linke sollte nicht leugnen,
daß das moralische Gefühl auch Antheil am gesunden Erwerbseleben
hat. Wir haben niemals die Unsittlichkeit auf den Höhen des Lebens
vertheiligt, in diesen Schriften aber werden die oberen Schichten der
Gesellschaft geschildert als voll Unzucht und Ehebruch. Das liest das
Volk und glaubt, daß es ebenis handeln dürfe. Gerade auf dem Ge-
biet der Kolportage ist das laissez faire und laissez aller am
bedenklichsten, da das Volk noch der Meinung ist, daß Alles, was ge-
druckt ist, auch wahr sein müsse. Die Kolportage für politische Schrif-
ten geben wir gern frei, wir wollen sie nur auf anderen Gebieten ein-
schränken. Bei einer so elenden Spekulation auf die gemeinsten Lüste
des Volkes ist Selbsthilfe nicht möglich und die Verbrechen gegen die
Sittlichkeit sind seit zehn Jahren um das Doppelte gestiegen; die Un-
zucht nagt an den Wurzeln der Nation, wir haben nicht mehr, wie
ehedem, den Ruhm der Keuschheit. Ich bitte Sie, nehmen Sie unseren
Antrag an. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Baumbach bestreitet, daß die Kolportage lediglich
auf die Gemeinheit und die niedrigen Leidenschaften des Volkes spe-
kulire, wie es der Vorredner geschildert hat. Redner behauptet, daß
das Schlimmste und Aufregendste der Titel der Werke sei, nicht aber
der Inhalt. Unzüchtige Bücher sind ja bereits im Strafgesetz verboten
und die Händler hüten sich, damit in Konflikt zu kommen. Die Kol-
portage pflegen oft denselben langweiligen Roman unter verschiedenen
Umständen zu verkaufen, bald heißt er: Recha, die schöne Jüdin, bald
die verfolgte Unschuld. Aber ich habe auch bei Kolporturen Bücher
gefunden, wie die Gewerbeordnung, Meyers Handlexikon, die Wunder
des Himmels, Strafgesetzbuch, Gartenlaube. (Zuruf rechts: Sehr faul.)
Die Gartenlaube ist ein Blatt von eminenter Bedeutung. (Große Un-
ruhe rechts und im Zentrum und Widerspruch.) Nun, ich kann Ihnen
sagen, das ist doch so. Als ich einst im Krankenhaus einen armen
Handwerksburschen, dem schon der hippokratische Zug im Gesicht lag,
fragte, ob ich etwas für ihn thun könne, hat er mich um einen Band
„Gartenlaube“ (Ironisches Lachen rechts und im Zentrum.) Das
Amendement der Konservativen ist ganz unannehmbar und überflüssig.
Ich kann nicht verstehen, wie Herr Stöcker vom Aergerniß erregen
sprechen kann, wo doch der Antikemismus noch nicht aus Deutschland
geschwunden ist. (Bravo! links.) Kürzlich hat man sogar den
Boccaccio konfisziert, obwohl der gute Mann bereits fünf Jahrhunderte
tot ist und mancher von uns ihn gerne gelesen hat. Auch Herr
Stöcker hat sich in jungen Jahren gewiß daran erfreut. (Weiterkeit
links.) Wenn die geistige Entwicklung des Volkes am Herzen liegt,
der muß den Antrag Adermann zurückweisen. (Lebhafter Beifall links.)

Geb. Rath Bödiker erklärt sich für den Antrag Adermann;
die Stöcker'schen Angaben seien im Ganzen zutreffend und das bestehende
Gesetz reiche keineswegs aus, um dem Unwesen des Kolportagehandels
zu steuern.

Abg. Richter (Hagen): Im Jahre 1870 hat man die Sittlich-
keit unseres Volkes nicht genug zu preisen genutzt und es ist wahr,
daß wir Frankreich nicht bloß mit den Waffen besiegt haben. Aber
gerade von der Seite, die damals am meisten übertrieben hat, wird
heute die Meinung verbreitet, als ob das Volk sittlich zurückgehe. Das
geschähe aber nur von den Konservativen, weil sie ihre kleinlichen In-
teressen dabei verfolgen, weil das Volk von ihnen nichts wissen will
(Bravo! links); weil es die Kunststücke der Regierung in Art und
Dann gethan hat, deshalb schänden Sie (zur Rechten) das Volk. Die
Rede des Herrn Stöcker ist ja nur ein Aufzug der Rede, auf die er im
Lande reist. Was er sprach, geht über den § 56 hinaus, das ist
Zensur. Diefelben Wendungen wären ausreichend gewesen, um die
Einführung der Zensur zu empfehlen. Er findet es unpassend, daß
sich unter den Prämien der Kolportage neben heiligen Bildern pro-
fane befinden. Aber wie ist es denn in unseren Aufstellungen, hängen
da nicht auch neben profanen Bildern heilige? Wenn die Ansicht des
Herrn Stöcker wahr ist, dann müßte die Zensur auch auf die Kreis-
blätter ausgedehnt werden, da sind im Feuilleton auch allerhand
Geschichten zu finden, die man anstößig finden könnte. (Widerspruch
rechts.) Dann nenne ich Ihnen die Bibel (Unruhe rechts), die
Geschichte in seinen Töchtern, von David und der Bathseba mußten
auch unter die Zensur fallen. Sie (auf der Rechten) wollen nicht,
daß das Volk klüger werde (Unruhe rechts), Sie wollen es dumm
erhalten, um nicht den letzten Boden im Volke zu verlieren. Auf
den Eisenbahnhöfen haben wir ja die Zensur in Bezug auf Zeit-
schriften und Bücher und doch finden Sie doch auf den letzteren dieselben
Titel, wie sie Herr Stöcker genannt hat. Da finden Sie auch die
„schöne Cloira“ und andere Bücher, die ich nicht so gut kenne, wie
Herr Stöcker (Weiterkeit.) Es soll nur getanzet werden, wo ein Geis-
licher dabei ist, es soll nur gedruckt werden dürfen, wo ein Geistlicher
es erlaubt hat. In zweiter Lesung wollte man nicht den Index ver-
botener Bücher einführen, weil man das diskretionäre Ermessen der
Polizei nicht vergrößern wollte. Was ein Aergerniß giebt, läßt sich
nicht so leicht konstatiren; es giebt wohl Leute, die an den Figuren
auf der Schloßbrücke Anstoß nehmen, die müßten also entfernt werden,
wenn wir das Prinzip des Aergernisses weiter anführen. Sollte man
in Deutschland stets solche Gesetze gehabt, dann hätten wir nie die
Reformation bekommen. (Sehr gut links; Widerspruch rechts; denn
damals, wo es ständige Buchhandlungen noch nicht gab, wurde alle
Literatur durch die Kolportage verbreitet. Wenn wir den Index ein-
führen, dann müssen wir vor Allem die Reden des Herrn Stöcker, die
bei den Juden stets Aergerniß hervorgebracht haben, und seine Kraft-
ausdrücke auf den Index gesetzt werden. Das Zentrum will auch für
den Antrag Adermann stimmen. Haben Sie denn nicht gesehen, daß
die Proklame des Bischofs in Breslau über die Mischehen, bei Leuten,
wie Stöcker Aergerniß hervorgerufen haben, wollen Sie denn, daß jede
katholische Publikation, die bei Herrn Stöcker Aergerniß giebt, verboten
wird? Sind Sie denn so zufrieden mit den Polizeiorganen? Wenn
Sie sich ändern wollen, dann thun Sie es von Jahr zu Jahr, aber
nicht von der zweiten bis zur dritten Lesung. In zweiter Lesung hat
Herr v. Hertling so entschieden gegen alle Beschränkungen der Kolpor-

tage gesprochen und heute wollen Sie dem konservativen Antrag bei-
stimmen. Wenn Sie auf diesem Gebiete das diskretionäre Ermessen
zulassen, dann verlieren Sie das Recht, sich je wieder darüber zu be-
klagen. (Beifall links.)

Abg. Günther (Sachsen) führt aus, daß der Antrag Ader-
mann nur diejenigen Schriften von der Kolportage ausschließen wolle,
welche in sittlicher oder religiöser Hinsicht Anstoß erregen und Aergerniß
geben. Ich bin erstaunt, daß die Herren von der linken Seite
solche Schriften zulassen wollen. (Hört! hört!) Daß man mit den
bestehenden Gesetzen nicht auskommen könne, sei zur Genüge erwiesen,
und der Buchhandel im Allgemeinen werde nicht durch den Antrag
Adermann getroffen werden.

Abg. Dr. Blum: Die vom Abg. Stöcker angegebenen Uebel-
stände sind zum Theil begründet, er ist indessen zu sehr Beschränkt
übersehen dabei, daß die bestehenden Gesetze völlig ausreichend sind,
um dem Unwesen der Kolportage zu steuern. Ich kann daher die
Nothwendigkeit des Antrages Adermann um so weniger anerkennen,
als wie bereits ausgeführt, der Ausdruck „Aergerniß erregen“ viel zu
dehnbar ist.

Abg. Windthorst: Die Polizei steht leider bei uns in Miß-
kredit, weil zu oft politischer Mißbrauch mit derselben getrieben wird.
Aber hier thut man so, als ob der ganze Buchhandel in Frage gestellt
ist; das ist keineswegs der Fall. Am besten würde der Kolportage-
buchhandel ganz verboten, dann würde der Sortimentsbuchhandel um
so besser gedeihen. Es ist richtig, daß der Antrag Adermann der Polizei
eine sehr ausgedehnte Macht zuweist, aber die zu bekämpfende sittliche
Gefahr ist so groß, daß man der Polizei auch eher zu viel als zu wenig
Mittel an die Hand geben muß, um die Schundkolportage zu unter-
drücken. — Wenn Herr Richter auf Boccaccio hingewiesen hat, so hat
dieser später seine Schriften bedauert und ist gestorben, indem sein Haupt
auf der Bibel rubte. Wenn an den Streit zwischen Herrn Stöcker
und mir im Abgeordnetenhaus erinnert wurde, so muß ich allerdings
sagen, daß Herr Stöcker diesen Streit über die Mischehenfrage ohne
jeden Anlaß damals begonnen hat. — Wenn die Fassung des Antra-
ges Adermann den Liberalen zu unbestimmt ist, so mögen sie bessere
Vorschläge machen. Ich glaube aber, daß jeder verständige Beamte
sehr wohl wissen wird, was mit den Vorschriften gemeint ist. Sie
wollen für die Tingeltangel, Tanzlustbarkeiten und Schundromane jede
Polizei fern halten, aber gegen die harmlosartigen Schwelmer haben
Sie gern die Polizei geheßt. Ich will nicht, daß Aergerniß erregende
Schriften kolportirt werden, und darum werde ich für der Antrag
Adermann stimmen.

Abg. Richter (Hagen) bringt nunmehr einen Abänderungs-
antrag zum Antrag Adermann ein, wonach die Worte „in reli-
giöser Beziehung Aergerniß geben“ zu ändern sind in „durch
schimpfende Aeußerungen in Bezug auf die christliche Religion und
Gotteslästerung“.

Abg. Dr. Rapp: Die Kolportage soll beschränkt werden, weil
die Herren annehmen, sie könnten die Sittlichkeit schädigen. Ist die
Kolportage wirklich so schlimm, wie einige behaupten, so ist das Schuld
der Polizei, die mit den jetzigen Bestimmungen der Gewerbeordnung
und des Strafgesetzbuches einem etwaigen Unfug zur Genüge entgegen-
treten könnten. Es ist behauptet worden, man würde den Sortiments-
Buchhandel nicht schädigen, sondern ihm nützen durch Aufhebung der
Kolportage. Das ist eine ganz irrige Ansicht. Es handelt sich um
ein Fünftel des gesamten Buchhandels bei der Kolportage; wenn
die Herren sich diese Thatsache immer gegenwärtig hielten, würden sie
solche Anträge nicht einbringen. Nur durch die Kolportage ist die
Billigkeit der guten Werke ermöglicht worden. Was „Aergerniß“ sei,
läßt sich nicht gut definiren, beispielsweise giebt heute die „Germania“
eine Blütenlese aus Luther's Schriften wieder und bezeichnet sie als
religiöses Aergerniß. Würde also der Antrag Adermann angenommen,
so müßte man konsequenterweise auch die Schriften Luthers konfiszi-
ren.

Abg. Stöcker: Es fällt mir nicht leicht, mit einem Gegner zu
disputiren, der das alte Testament auf gleiche Stufe setzt mit der
Schundliteratur. Herr Richter hat wohl nur die Stellen aus der Bibel
gelesen, nicht was darauf folgte (Weiterkeit), daß David nach seiner
Unthat lange vor allem Volke Buße that. Herr Richter vertheiligt
die Juden, und greift das alte Testament an (Weiterkeit); thäte er das
Umgekehrte, so würde er dem Lande mehr nützen. Gerade die Ver-
wüstungen, die der Semitismus hervorgebracht hat, haben uns zur
Stellung des Antrages veranlaßt; ich weise den Vorwurf zurück, daß
mein Kampf gegen die Juden eine Schmach ist. Die „Gartenlaube“
hat nachgewiesen, daß unter den Gründern 90 Prozent Juden sind;
(Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß er nicht zur
Sache spreche.) Redner verliest einige Stellen aus dem Werke eines
Juden, die Beleidigungen gegen die Geistlichkeit enthalten und fährt
dann fort: Ich habe absichtlich den Antrag nur einseitig behandelt,
aber mit dem Standpunkt, der die „Gartenlaube“ für ein eminentes
Werk hält, werde ich mich nicht verständigigen. Ich will nicht unser Volk
verdächtigen, ich will es nur befreien von den Schladern, die zum Theil
auch aus der Schundliteratur sich auf das reine Feuer unseres Volkes
legen. Wie Herr Richter mit seiner zuweilen zutreffenden Sachkenntnis
(Große Weiterkeit) behaupten konnte, daß wir in Berlin keinen Kolpor-
tagehandel haben, verstehe ich nicht. Herrn Windthorst erkläre ich, daß
ich, wie er stets seinen katholischen Standpunkt, meinen evangelischen
vertheidigen werde und ich freue mich, daß er wie ich mit allen Kräften
an der Erhaltung der Sittlichkeit im deutschen Volke arbeiten will.
(Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Herr Stöcker hat meine Rede falsch ver-
standen, ich habe nur gesagt, wenn man seine Ansicht über den Kol-
portagebuchhandel auf die Bibel übertragen wollte, dieselbe auch ver-
boten werden müßte. Es ist doch gut, daß man immer wieder daran
erinnert, wenn man Herrn Stöcker dabei erkaupft, wie er andere An-
sichten falsch wiedergiebt. Wie Herr Stöcker mir vorwirft, nur die von
mir bezeichneten Kapitel der Bibel zu kennen, so könnte ich doch mit
gleichem Rechte sagen, Herr Stöcker habe nur Bücher, wie die schöne
Cloira gelesen. (Weiterkeit.) Ich habe in Bezug auf das Proklama
des Bischofs von Breslau gesagt, daß es bei Leuten, wie Herr Stöcker,
Aergerniß hervorgerufen hat, und daß dasselbe nach dem Antrage Ader-
mann nicht verbreitet werden dürfte, weil profanantische Freie daran
Anstoß genommen haben. Ich will eventuell zu dem Antrag Adermann
beantragen, die einfache Bestimmung des Strafgesetzes aufzunehmen:
„Wer in beschimpfenden Aeußerungen Gott lästert, wird mit . . . be-
straft.“ Wenn Sie noch die andere Bestimmung hinzufügen wollen,
nach der auch der bestraft wird, der eine Religionsgesellschaft schmäht,
so habe ich auch nichts dagegen, das wäre gerade gegen Herrn Stöcker
sehr gut. (Weiterkeit; sehr gut links.) Prinzipaliter will ich aber den

Antrag abgelehnt wissen, weil er den Zweck nicht erreicht, und Veranlassung zu polizeilichen Exzessen giebt.

Die Debatte wird geschlossen. **Personlich bemerkt Abg. Dr. Baumbach:** Das Wort, daß die antisemitische Bewegung eine Schmach ist, stammt nicht von mir, aber ich unterschreibe es ganz. Dem Herrn Söder möchte ich das Wort des Klosterbruders in „Athas der Weise“ zurufen: „Es hat mich stets verdrossen, daß Schriften es vergessen konnten, daß unser Herr ein Jude war.“ (Beifall links.)

Abg. Dr. Windthorst (persönlich): Ich billige die Proklama des Breslauer Bischofs nicht; die katholische Kirche hält gemischte Ehen für rechtsbeständig und wie alle Ehen für unlösbar. Ich kann nicht begreifen, daß man solch' lange Deklamationen gegen die Proklama zu hören bekommt.

Abg. Richter zieht seinen Coentualantrag zurück, zu Gunsten eines vom Abg. Mundel gestellten Antrages, in dem er die Bezeichnung „religiöses Aergerniß“ durch eine Reihe spezieller Vergehen präzisirt. Dieser Antrag wird mit 169 gegen 149 Stimmen abgelehnt.

Ueber den ersten Theil des Antrages Adermann wird nunmehr namentlich abgestimmt. Derselbe wird mit 172 gegen 146 Stimmen angenommen.

Abg. Langwerth von Simmern enthält sich der Abstimmung.

Auch der 2. Absatz des Antrages und der ganze veränderte § 56 werden darauf angenommen.

§ 56a bestimmt, daß vom Gewerbebetrieb im Umherziehen ausgeschlossen sein soll die Ausübung der Heilkunde durch nicht approbirte Personen, das Aufsuchen, sowie die Vermittelung von Darlehensgeschäften und von Rückausgeschäften ohne vorgängige Bewilligung, ferner das Aufsuchen von Bestellungen auf Wertpapiere, Lotterieloose und das Aufsuchen von Bestellungen auf Branntwein und Spiritus bei Personen, in deren Gewerbebetrieb dieselben keine Verwendung finden.

Abg. Dr. Baumbach beantragt, die Ausübung der Heilkunde und das Aufsuchen und Vermitteln von Darlehensgeschäften und von Rückausgeschäften ohne vorgängige Bestellung vom Verbote ausgeschlossen bleiben soll.

Abg. Dr. Köhler bittet im Interesse des Publikums, den Betrieb im Umherziehen Seitens nicht approbirter Personen nicht zu unterlagen. Seine Partei will Gewerbefreiheit in jeder Hinsicht und auch hierin. Der § 56a bezwecke nichts weiter, als eine Verstärkung der Macht der Polizei.

Abg. v. Köhler beruft sich auf medizinische Autoritäten, um zu beweisen, daß die Behandlung Kranker Seitens nicht approbirter Personen nicht gestattet werden dürfe.

Abg. Dr. Braun weist auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß man den nicht approbirten Personen die Praxis gestatten wolle am Orte und nicht im Umherziehen.

Der Antrag Baumbach wird mit 159 gegen 150 Stimmen abgelehnt und § 56a angenommen.

§ 56b verleiht dem Bundesrath das Recht, anzuordnen, in wie weit das Heilbieten der im vorigen § genannten Waaren im Umherziehen gestattet sein soll.

Abg. Adermann beantragt, unter Wiederherstellung der Regierungsvorlage den Einzelstaaten das gleiche Verordnungsrecht zu verleihen.

Abg. Richter hält es unter den gegenwärtigen Verhältnissen für bedenklich, der Regierung ein solches Verordnungsrecht einzuräumen. Die Regierung hat ja neulich die Ansicht ausgesprochen, daß ihre Vertreter jeden Abgeordneten sollen unterbrechen dürfen, ein Recht, das keinem Menschen bisher eingewilligt ist. Die Bestimmung des § 56b hat kein gewerbepolitisches Interesse, sondern sie ist rein politisch und deshalb müssen wir sie ablehnen.

Geb. Rath Bödiker kann den Zusammenhang zwischen § 56b und dem Art. 9 der Verfassung nicht erkennen, da die Frage aber einmal aufgeworfen ist, so erklärt er, daß auch er auf dem Standpunkt steht, Art. 9 so zu interpretiren, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Der § 56b ist im Jahre 1869 ohne Weiteres angenommen worden, damals ist es keinem Menschen eingefallen, der Regierung ein Recht zu verleihe, das sie in Fällen von Epidemien zum höchsten Nutzen gebrauchen kann. Es ist lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit und ohne jeden politischen Beigeschmack.

Abg. Richter (Hagen): Ich hätte nicht erwartet, daß ein Regierungskommissar, der zur Vertretung der Gewerbeordnungsnoelle hier ist, sich berechtigt gehalten hätte, eine Interpretation des Art. 9 zu geben und mache darauf aufmerksam, daß der Regierungskommissar für sich das Recht in Anspruch genommen hat, jeden Redner zu unterbrechen. Unter öffentlicher Sicherheit kann man sehr viel verstehen und während wir von den politischen Schriften die Beschränkungen der Kolportage ferngehalten haben, wird die Regierung diese Schriften im Interesse der öffentlichen Sicherheit verbieten können. Daß dieses Verbot nur auf bestimmte Zeit möglich ist, halte ich mit Rücksicht auf das Sozialistengesetz, das auch nur auf kurze Zeit erlassen worden ist und noch besteht, für keinen Trost.

Abg. v. Minnigerode bemängelt den Ton des Vorredners gegenüber dem Vertreter der Regierung und erklärt, für den Antrag stimmen zu wollen.

Abg. Dr. Bamberger erklärt, daß die Debatte über § 56b auch in zweiter Lesung von politischen Gesichtspunkten geleitet worden ist. Der Abg. Richter hat Recht gehabt, auf die Auseinandersetzungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ hinzuweisen, denn er hat dadurch gezeigt, welchen Auslegungsfeldern wir auf Seiten der Regierung begegnen. Wir werden aus Furcht sicherlich niemals eines unserer Rechte aufgeben und auch hier von unserm Standpunkt nicht weichen.

Geb. Rath Bödiker befreit dem Abg. Richter die Berechtigung, einem Vertreter der Regierung das Recht, Erklärungen abzugeben, anzuzweifeln.

Abg. Dr. Windthorst erklärt sich bereit, der Regierung die Bewilligung, die sie verlangt, zu geben, doch nicht ohne Kontrolle und nicht ohne den Einzelregierungen dasselbe Recht zu gewähren. Diese müßte allerdings die Genehmigung ihrer Landtage für solche Verordnungen einholen.

Geb. Rath Bödiker erklärt, daß, wenn man den Standpunkt des Vorredners theilt, man von Reichswegen in die Gesetzgebung der Einzelstaaten eingreifen müßte und warnt davor. Ein Recht der Kontrolle über die Exekutive der Reichsregierung giebt es nicht.

Abg. Dr. Braun ist der Meinung, daß bei dem verwickeltesten Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten es am besten sei, an diesem Punkte stillschweigend vorbeizugehen, dann würde es bei dem bestehenden Rechte bleiben. Herrn von Minnigerode bemerkt er, daß er den Bemerkungen des Regierungskommissars kein großes Gewicht beilegt. Interessant wäre es ihm zu erfahren, ob alle Kommissarien des Bundesraths berechtigt sein sollen, einen Abgeordneten zugleich zu unterbrechen. (Geisterzeit.) Herr von Minnigerode hat die Frage, um die es sich hier handelt mit der façon de parler abzuweisen geglaubt minima non curat praetor. Ich hoffe jedoch, daß er die Sache nicht in der That als ein Minimum betrachtet, daß er vielmehr auch vollkommen konstitutionell ist (Geisterzeit) und den bestehenden Rechtszustand erhalten will.

Geb. Rath Bödiker erklärt, daß die Ausführungen des Vorredners ihn in seinen Ansichten durchaus nicht erschüttert haben.

Abg. Ruppert beantragt, daß für die einzelnen Bundesstaaten das Verordnungsrecht einseiführt werden soll, jedoch dieselben verpflichtet sein sollen, die Genehmigung der Einzellandtage dafür einzuholen.

Abg. Richter (Hagen) befreit, dem Geb. Rath Bödiker das Recht bestritten zu haben, hier Erklärungen abzugeben. Vielmehr habe er sich geäußert, die betreffende Erklärung zu hören. Ein Verordnungs-

recht für die Einzelstaaten will er nicht bestritten, weil man dadurch in die Verfassung der Einzelstaaten eingreift.

Abg. Rablé beantragt, daß für Verordnungen im Bereich der Reichslande die Genehmigung des Landesauschusses einzuholen sei.

Die Debatte wird geschlossen und der Antrag Rablé angenommen; ebenso der Antrag Ruppert mit 152 gegen 151. (Das Centrum stimmt gespalten). Der Antrag Adermann wird abgelehnt. (Auch hier stimmt das Centrum gespalten.)

§ 56b wird angenommen.

Das Haus vertagt sich darauf. Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Gewerbeordnungsnoelle.

Schluß 6½ Uhr.

Dreufischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung.

Berlin, 30. Mai. Am Ministertisch: v. Puttkamer. Präsident v. Köhler eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Berichte der Kommission für das Unterrichtswesen über Petitionen.

Von dem Schulvorsteher Küpper in Beyenburg und dem Pfarrviktor Jochen in Ohligsliegen liegen Petitionen vor, wegen Umwandlung der dortigen Simultanschulen in Konfessionsschulen. Die Kommission beantragt, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Geb. Rath Dr. Esser erklärt, daß die Schulverwaltung in erneute Prüfung der Schulverhältnisse in Beyenburg eingetreten ist, daß aber zur Zeit noch nicht zu übersehen sei, zu welchem Resultat die Verwaltung kommen wird und bittet deshalb, davon abzusehen, die Petitionen dem Vorschlag der Kommission entsprechend, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dr. Windthorst wünscht, daß unter diesen Umständen der Gegenstand für heute von der Tagesordnung abgesetzt werde, jedoch nicht über denselben zur Tagesordnung übergegangen werde.

Abg. v. Eyner ist mit Rücksicht auf die Erklärung des Regierungsvorstehers dafür, die Angelegenheit heute zu diskutieren.

Abg. v. Rauchhaupt ist gleichfalls für Ablegung des Gegenstandes von der Tagesordnung.

Abg. v. Eyner glaubt, daß die Veränderung in der kirchenpolitischen Lage den Abg. Windthorst veranlasse, den Gegenstand nur für heute von der Tagesordnung abzusehen; er jedoch halte es für das Beste, durch Diskussion der Angelegenheit der Regierung vielleicht neue Gesichtspunkte an die Hand zu geben.

Abg. Dr. Windthorst gesteht zu, daß die kirchenpolitische Lage im Augenblick keineswegs erfreulich ist, und daß die Regierung durch ihr Auftreten das Vertrauen der Zentrumsparthei arg erschüttert habe, dies jedoch für ihn kein Grund zu seinem heutigen Vorgehen sei.

Die beiden Berichte werden darauf von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt der Bericht der Justizkommission über die Petition der Bürgermeister des Regierungsbezirks Trier, um Wiedereinführung der früher bezogenen Reisekosten und Tagegelder in gerichtlichen Untersuchungsakten.

Das Haus beschließt ohne Diskussion, dem Antrage der Kommission entsprechend Uebergang zur Tagesordnung.

Ueber eine Petition von 23 Elementarlehrern aus Langensalza, womöglich noch in dieser Session ein die Gehaltsverhältnisse der Elementarlehrer regelndes Dotationsgesetz einzubringen, berichtet **Abg. Schmidt (Sagan)**, welcher den Beschluß der Kommission, der einstimmig gefaßt und lediglich eine Wiederholung des von Herrn von Bennigsen in dieser Session gestellten und vom Hause angenommenen Antrages in derselben Angelegenheit ist, empfiehlt. Die Kommission beantragt, die Regierung zu ersuchen, möglichst bald ein Lehrerdotationsgesetz vorzulegen.

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Von Seiten der Gemeindevorstände der im Elbinger Einlagegebiet belegenen Dörfer liegt eine Petition vor, daß das räumliche Abgeordnete dahin wirken solle:

- 1. daß die Eiswehre in den Bidelekanal sofort wieder eingebaut werden, und zwar in solcher Höhe und Entfernung von einander, daß sie das Eindringen des Weichleises in die Mogat nicht gestatten, und in solcher Bauart, daß sie dem wilden Andrang desselben absolut zu widerstehen vermögen und
- 2. daß die fortwährende Schädigung ihrer Grundstücke durch zu hohe Fundation mittelst einer wesentlichen Erweiterung der Stromenge bei Jeyer ohne Verzug beseitigt werde.

Die Kommission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Minnigerode ist mit diesem Antrage durchaus nicht einverstanden, erkennt die Petition vielmehr als berechtigt an und hält eine Erfüllung der darin enthaltenen Wünsche für eine unaufschiebbare Nothwendigkeit.

Geb. Rath Schönfelder erklärt, daß ein Projekt bereits ausgearbeitet sei, daselbe liege jedoch der Akademie für das Bauwesen zur Begutachtung vor. Die Regierung werde an die Ausführung des Projektes gehen, sobald ein Entscheid der Akademie eingetroffen ist.

Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen.

Ueber eine Petition des Verbandvorstehers für die Preiner Niederung um Bewilligung einer Unterstützung aus Staatsfonds in Folge einer Mehrausgabe von 13 000 M. über die für dortige Deichbauten veranschlagte Summe empfiehlt **Abg. Spangenberg** Namens der Agrarkommission Uebergang zur Tagesordnung.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Ueber die Petition des Jakob Hornemann in Wiersen, um Zulassung der israelitischen Einwohner zum Kuratorium der Realschule oder Befreiung derselben von den Beiträgen zu den Unterhaltungskosten der Schule, referirt

Abg. Smwalle, der den Antrag der Unterrichtskommission über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, bestrimmt. Die Behörde in Wiersen habe vollkommen gekennnt, wenn sie, um den Charakter der christlichen Schulen zu wahren, Juden von dem Eintritt in das Kuratorium ausschließe. Deshalb können jedoch die Juden nicht beanspruchen, von der Beitragspflicht entbunden zu werden, da es ihnen ebenfalls erlaubt ist, ihre Kinder in die Realschule zu schicken.

Das Haus nimmt den Kommissionsantrag an.

Eine große Zahl von Handwerkermeister aus Ost- und Westpreußen bitten das Abgeordnetenhaus bei der Regierung dahin wirken zu wollen, daß durch Aushebung der Zuchthäuser- und Gefängnisarbeiten dem kleinen Handwerker- und Mittelstande eine besondere Abhilfe für seine Noth zu Theil werde.

Abg. Wessel empfiehlt im Namen der Petitionskommission über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen und motivirt dies damit, daß die in den Zuchthäusern und Gefängnissen untergebrachten Personen nicht unbeschäftigt und die Arbeitsprodukte nicht unverwerthet bleiben können. Auch nehme die Regierung unausgeseht darauf Bedacht, eine erdrückende Konkurrenz der Gefängnisarbeit gegenüber dem freien Gewerbebetrieb zu verhüten.

Abg. v. Ludwig will sich bei der Sommerwühle und der Ueberfüllung mit parlamentarischer Kost möglichst kurz fassen. Der Antrag der Kommission ist nicht zu empfehlen. Man soll die Gefangenen nicht mit Handwerkerarbeiten beschäftigen. Wir erstreben die Innungen und in diese passen die Leute, die das Handwerk im Gefängnis gelernt haben, nicht hinein. Es ist besser, wenn die Gefangenen zur Besserung der Wege verwandt werden, zumal die letzteren sich meist in schlechtem Zustand befinden. Außerdem giebt es auch sonst öffent-

liche Arbeiten, die von Gefangenen ausgeführt werden können. Es wäre sehr angezeigt, die vorliegenden Petitionen der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Stroffer erklärt die Anschauungen des Vorredners für durchaus irrig. So leicht, wie dieser meint, ist die Frage der Gefängnisarbeit nicht zu lösen, die seit einem Jahrhundert in den meisten Ländern eifrig diskutiert wird. Unbeschäftigt kann man die Leute nicht lassen, auch der Gefangene hat ein Recht auf Arbeit und es hieße ihm die Strafe verheerenden, wollte man ihm die Arbeit entziehen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Gefangenen meist Favvillarbeit leisten und dem Handwerk als solchem kaum Konkurrenz machen. Wenn man behauptet, daß die Mehrzahl der Gefangenen aus ländlichen Arbeitern besteht, so wäre es doch sicherlich eine wesentlichere Erleichterung der Strafe für dieselben, wenn man sie auf Außenarbeit, wie der Vorredner verlangt, beschäftigen wolle. Der Abg. v. Ludwig gehört auch zu denen, die sich stets darüber beklagen, daß die Leute in den Gefängnissen zu gut gehalten worden, hier aber macht er einen Vorschlag, nach dem der Befragung der Charakter der Strafe fehlen würde. (Sehr richtig! rechts.) Außerdem würde ein großer Theil der Straflinge die anstrengende Arbeit auf dem Felde nicht aushalten und bald daran zu Grunde gehen.

Abg. Wegner hält die Abschaffung oder wenigstens Einschränkung der Gefängnisarbeit für dringend nothwendig und führt aus, daß durch diese jährlich dem freien Handwerkerstande 8 Millionen Mark Verdienst entzogen werden. Dies würde, wie seiner Zeit der Finanzminister bemerkt habe, auch schädlich auf die Steuerkraft des Landes, denn diese steigt mit der größeren oder kleineren Ausnützung der Arbeitskraft. Der freie Arbeiter habe mehr Anrecht auf Arbeit, als der gefangene, und die Behauptung, daß die Konkurrenz zwischen beiden Kategorien auch dann vorhanden wäre, wenn die letztere sich in Freiheit befindet, sei nicht zutreffend, da erst dann die Konkurrenz beginne, wenn der Eine so billig arbeite, wie es dem Andern nicht möglich sei. So billig könne man jedoch nur in den Gefängnissen arbeiten. Redner beantragt schließlich, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Stroffer hält es für eine Forderung des Christenthums und der politischen Klugheit, den Verbrecher nach Verbüßung seiner Strafe nicht zu verachten, sondern ihm zu ermöglichen, sich wieder emporzuarbeiten und wieder ein nützlich Mitglied der Gesellschaft zu werden. Man möge deshalb nicht glauben, daß die Innungen geschändet werden, wenn entlassene Straflinge in dieselben eintreten. Wollten alle Verufe diese Leute vom Eintritt in ihre Vereinigungen ausschließen, so triebe man die Leute wieder zum Verbrechen und zum Zuchthaus zurück. Redner widerlegt darauf im Einzelnen die Ausführungen des Vorredners.

Geb. Rath Illing erklärt, daß die Regierung der Meinung sei, daß die Sträflinge geistig und körperlich verkommen würden und die Disziplin in den Anstalten nicht aufrecht zu erhalten wäre, wenn das Arbeitspensum in den Anstalten wesentlich verringert würde. Die hier behandelte Frage ist schon in der zweiten Kammer im Jahre 1849 und auch später ventilirt worden und die Regierung hat sich unausgeseht damit befaßt, aber sie ist stets zu dem Resultat gekommen, es bei den jetzigen Verhältnissen zu belassen. Der Vorschlag des Herrn v. Ludwig ist deshalb unausführbar, weil die Sträflinge zu landlichen derartigen Arbeiten nicht die nöthige Kraft haben. Ueberall dort, wo man derartige Versuche gemacht hat, haben sie bedauerliche Resultate ergeben. Die Arbeitspreise in den Anstalten zu erhöhen, ist nicht möglich, da schon jetzt bei den niedrigen Preisen die Nachfrage nach Arbeitern in Gefängnissen eine sehr unbedeutende ist. Die Regierung verkennt die Noththeile nicht, die aus der Gefängnisarbeit dem Handwerkerstand erwachsen, aber sie kann nicht einsehen, warum die Sträflinge mit ihrer Verurtheilung von dem Rechte auf Arbeit ausgeschlossen werden und aus der Konkurrenz ausschließen sollen.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und der Kommissionsantrag angenommen.

Das Haus vertagt sich darauf.

Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr; Tagesordnung: Landesbank in Wiesbaden, Staatsschuldbuch und Landgüterordnung für Brandenburg. Schluß 12½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 30. Mai. [Die Tonking-Affaire. Differenzen im Centrum.] Die Tonking-Angelegenheit beginnt, die Politiker ernstlich zu beschäftigen; daß das auswärtige Amt ihr schon seit längerer Zeit seine Aufmerksamkeit zugewendet hat, ist zweifellos. Als die Franzosen sich in Tunis festsetzten, ist ihr dortiges Vorgehen durch unsere Diplomatie in jeder Weise gefördert worden; die deutsche Politik konnte es nur als einen Gewinn betrachten, wenn das verlegte Selbstgefühl des französischen Volkes außerhalb Europas eine Befriedigung fand; und wenn dadurch auf längere Zeit hinaus Frankreich voraussichtlich zu periodischen militärischen Anstrengungen genöthigt wurde, so konnten wir auch damit zufrieden sein. Auf den ersten Blick stellt die Tonking-Affaire sich in ganz demselben Lichte dar; aber man kann sich nicht verhehlen, daß hier ernste Gefahren für den allgemeinen Frieden, die bei der tunesischen Angelegenheit nicht drohten, vorhanden sind. Zwar das Dramatische der „Times“ darüber, daß England keine Annäherung französischen Kolonialbesitzes an den englischen in Asien dulden könne, wird nicht tragisch genommen; auch wenn Frankreich nicht bloß Tonking, sondern das ganze Königreich Annam sich aneignete, wäre diese Annäherung an die englischen Besitzungen in Asien nicht dazu angethan, England auf die Gefahr eines Krieges mit Frankreich hin ein offenes Veto einzulegen zu lassen. Aber aus dem Verhalten Chinas, an welchem die englische Diplomatie sicher nicht ohne Antheil ist, fürchtet man, Komplikationen entstehen zu sehen. Unterstützen die Chinesen thatsächlich die Annahmen, so wird für die französische Regierung, die doch nicht eine große Armee auf Peking marschiren lassen, der Gedanke sehr nahe liegen, die mit ungeheuren Opfern hergestellte französische Flotte bei einer Blockade der chinesischen Häfen sich behaupten zu lassen. Von England aus ist bereits die, jedenfalls sehr ernsthaft gemeinte Erklärung erfolgt, daß man einer Störung des englischen Handels mit China nicht ruhig zusehen könne; aber auch andere Länder sind in ähnlicher Lage; speziell für den deutschen Handel und die deutsche, in den asiatischen, besonders chinesischen Gewässern stark beschäftigte Schifffahrt wäre eine französische Blockade der chinesischen Häfen, einerlei, ob daraus ein Konflikt zwischen England und Frankreich entstände oder nicht, ein schwerer Schlag. Es wird, sowohl aus diesem Grunde, als mit Rücksicht auf die Folgen, welche für den europäischen Frieden ein Konflikt Englands und Frankreichs in Asien haben müßte, als sicher betrachtet, daß die stille Thätigkeit des deutschen auswärtigen Amtes bereits auf die Verhütung dieser Gefahren gerichtet ist. Es dürfte dabei als eine Erleichterung empfunden werden, daß der langjährige deutsche Ge-

landte in Peking, Herr von Brandt, auf dem Wege nach Europa ist. — Es ist ein ganz vergebliches Bemühen der klerikalen Presse, das Ausscheiden des Abg. v. Hertling aus der sozialpolitischen Kommission und seine Abreise von Berlin harmlos damit zu erklären, daß Herr v. Hertling ebenso, wie andere Abgeordnete, Privatgeschäfte habe, die ihn nach München gerufen hätten. Der betr. Vorgang in der Kommission war zu charakteristisch, als daß er eine solche Auslegung zuließe: Herr von Hertling, die sozialpolitische Autorität des Zentrums, gab die Erklärung, daß er sein Mandat zur Kommission niederlege, erst ab, als der Vorsitzende, Herr v. Frankenstein den Antrag Hertling, die Spezialberatung des Unfallversicherungsentwurfes abzubrechen und die Ausarbeitung eines neuen Entwurfes zu fordern, als unzulässig zurückgewiesen hatte; der Austritt Hertling's war die Antwort derjenigen Klerikalen, welche sachliches Interesse an den sozialpolitischen Aufgaben nehmen, auf das Verhalten der mit allen Dingen diplomatischen Führer.

Der Abbruch der Verhandlungen mit der Kurie, welchen offiziöse Stimmen seit einigen Tagen in Aussicht stellten, wird jetzt durch eine Auslassung des „Journal de Rome“ in einer Form angekündigt, die den Sieg der „machiavellischen Politik“ (soll heißen: derjenigen des deutschen Reichskanzlers) konstatiert. Der Ausdruck, dessen das päpstlich offiziöse Blatt sich bedient, enthält eine wenig schmeichelhafte Kritik der Politik der Kurie.

Was das „Journal de Rome“ als „machiavellisch“ bezeichnet, so sagt die „Abkorr.“, kann nichts anderes sein als eine Taktik, die von vornherein darauf berechnet gewesen wäre, die Kurie zur Ablehnung der weitgehenden Zugeständnisse, die ihr von der preussischen Regierung entgegengeschrieben wurden, gewissermaßen zu verführen. Bei der hohen Gewandtheit der Diplomaten des Vatikans müßte das Gelingen eines solchen Planes außerordentlich überraschen. Für den Mißerfolg der Verhandlungen, welche durch das Schreiben des Papstes vom 22. Dezember v. J. eingeleitet worden sind, giebt es indessen unserer Ansicht nach eine viel einfachere Erklärung. Die Kurie hat sich durch die Hoffnung verleiten lassen, die preussische Regierung werde, wie das seit 1880 geschehen, jede Zurückweisung seitens der Kurie mit immer neuen und größeren Zugeständnissen beantworten. Diese Erwartung ist getäuscht worden. Daß die preussische Regierung dieselbe absichtlich hervorgerufen habe, ist nicht gerade wahrscheinlich; sie ist weiter gegangen, als sie nach unserer Auffassung hätte gehen sollen; aber sie hat die Grenze innegehalten, welche das erste Schreiben des Kaisers gezogen hat, indem dasselbe weitere thätliche Zugeständnisse der Regierung von einem ersten thätlichen Entgegenkommen der Kurie abhängig machte. Die diplomatische Kunst der Kurie hat daran nichts ändern können. Ueber die Folgen der Wendung, die jetzt eingetreten ist, denken wir außerordentlich kühl, um so kühler, als das Zentrum im Reichstage und im Abgeordnetenhaus trotz alledem sich der Regierung gegenüber nachgiebiger erweist, als es nach seiner ganzen Vergangenheit thun könnte. Selbst wenn man sich auf einen machiavellischen Standpunkt stellt, wird man einräumen müssen, daß die Regierung gar keine Veranlassung hat, einem so willfährigen Gegner Zugeständnisse zu machen.

Rechtsanwalt Kauffmann in Berlin hat als Nebenkläger in dem Prozeß Richenhan gegen das Urtheil Revision eingelegt.

Riel, 30. Mai. Die Panzerfregatte „Kronprinz“ und die Korvette „Alcona“ sind heute Nachmittag hier eingelaufen. Generalleutnant von Caprivi wohnte heute der Schießübung des Seebataillons bei und inspizierte die Garnison-Anstalten.

Vocales und Provinzielles.

Bosen, 31. Mai.

— **Beurlaubung.** Der Regierungs-Vizepräsident v. Sommerfeld hat einen vierwöchentlichen Urlaub angetreten. Derselbe wird durch den Ober-Regierungsrath Bergenroth vertreten.

— **Verletzung.** Der Intendantur-Sekretär Serid von hier ist ins Kriegsministerium einberufen worden.

d. Bei der Frohnleichnamspredigt am Montag fuhr eine elegante Equipage, in welcher 4 bekannte polnische Herren saßen, gerade zu der Zeit durch die Menschenmenge über den Petriplatz, als dort die Geistlichkeit mit der Monstranz sich vor dem Altare am Bronislaw'schen Hause befand. Es ist dies jedenfalls ein Beweis, daß auch in den höheren polnischen Kreisen dem Gottesdienste auf der Straße nicht immer eine solche Rücksicht erwiesen wird, wie die polnisch-klerikale Presse von Andersgläubigen unbedingt fordert.

Wollmärkte.

Glogau, 30. Mai. Der heute abgehaltene Wollmarkt war vollständig bedeutungslos. Dominielmollen fehlten gänzlich.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 31. Mai. Die Reichstags-Kommission für das Militärpensionsgesetz nahm mit 11 gegen 10 Stimmen den Antrag Bennigsen-Bernuth an, wonach von der Entrichtung der direkten Kommunal-Abgaben befreit sein sollen: die aktiven serviceberechtigten Militärpersonen hinsichtlich ihres Militäreinkommens, die mit Pension zur Disposition gestellten resp. verabschiedeten Offiziere hinsichtlich ihrer Pensionen, sofern letztere 750 Mark jährlich nicht erreichen, die hinterbliebenen Wittwen und Waisen hinsichtlich der Wittwen- und Waisengelder, und sonstiger aus öffentlichen Kassen bezogenen Unterstützungen. Alle anderweitigen Befreiungen der Militärpersonen und der Hinterbliebenen von Kommunalabgaben werden aufgehoben.

Paris, 30. Mai. Graf Peter Schuwalow ist gestern Abend von hier nach Berlin abgereist.

Paris, 30. Mai. Die „Agence Havas“ demontirt die an der heutigen Börse zirkulierenden Gerüchte von einer Demission des Marineministers Brun, von der Niedermehrung der Garnison in Ganou, ebenso daß der Ministerrath gestern einen neuen Tonkingredit beraten habe.

Brüssel, 30. Mai. Der Finanzminister brachte in der Kammer 5 Finanzgesetzentwürfe ein, in welchen Maßregeln zur Befriedigung der Bedürfnisse des Staatsschatzes vorgeschlagen werden. Der erste Entwurf legt eine Steuer auf die beweglichen Werthe und die Wechsel-Operationen, der zweite enthält Abänderungen der Gesetze über die Personalbesteuerung, in dem dritten wird eine Erhöhung der Abgaben von Branntwein, in dem vierten eine Erhöhung der Tabakssteuer, in dem fünften die Erhöhung eines Eingangszolles auf Kaffee, Cacao und Wein-essig vorgeschlagen. Die vorgeschlagenen Eingangszölle betragen für

ungerösteten Kaffee bis zu 30 Frcs. pr. 100 Kilo, für nicht fabriktirte Tabake bis 100 Frcs. pr. 100 Kilo, für Zigarren und Zigaretten 300 Frcs. und die Eingangszölle auf fremde Branntweine 100 Frcs. — Die vorgeschlagenen neuen Steuern und Steuererhöhungen werden anschlagsmäßig einen dem Budgetdefizit entsprechenden Betrag von 22,300,000 Frcs. ergeben. Der Finanzminister brachte in der Kammer noch einen weiteren Gesetzentwurf ein, wonach die Regierung ermächtigt werden soll, die neuen Steuern sofort provisorisch zur Erhebung zu bringen, um etwaigen Manövern von Spekulanten vorzubeugen. Der Zentralausschuß der Kammer nahm diesen Entwurf mit 5 gegen 2 Stimmen an.

London, 30. Mai. Das Unterhaus hat die Bill über das Pachtrecht nach siebenstündiger Beratung ohne besondere Abstimmung in zweiter Lesung angenommen.

Rom, 30. Mai. Der Kammer zeigte der Ministerpräsident Depretis die Beendigung der Ministerkrise an und betonte dabei, die Regierung werde streng an denjenigen politischen Grundsätzen festhalten, welche sie vor den allgemeinen Wahlen kundgegeben und vor dem Parlamente bekräftigt habe. Der Minister des Auswärtigen, Mancini, legte den deutschen Handelsvertrag vor und beantragte die Dringlichkeit dafür.

Moskau, 30. Mai. Gestern fand das zweite größere Dinner bei dem deutschen Botschafter statt. An demselben nahmen Theil: Prinz Albrecht und die hier anwesenden deutschen Prinzen, ferner der Fürst von Bulgarien, der Minister Graf Tolstoy, General Wolsky, Fürst Maurokordatos, das Stadthaupt von Moskau und die russischen Botschafter im Auslande. Auf dem gestrigen Ballfest bei dem Generalgouverneur verweilte das Kaiserpaar zwei Stunden und wurde bei der Ansahrt und auf dem ganzen Wege vom Volke mit stürmischen Hurrahs begrüßt. Der Kaiser tanzte eine Quadrille mit der Erzherzogin Karl Ludwig und mit der Tochter des Generalgouverneurs, die Kaiserin tanzte mit dem Festgeber und dem Erzherzog Karl Ludwig.

Moskau, 30. Mai. Der Kaiser stattete heut gegen halb drei Uhr dem Prinzen Albrecht von Preußen, anlässlich des Hinscheidens seiner Mutter, Prinzessin Marianne der Niederlande, einen längeren Rondolenzbesuch ab. In Begleitung des Kaisers, welcher den Weg im offenen Wagen und ohne Eskorte zurückgelegt hatte, befand sich der Großfürst Alexius. Der Kaiser trug die Uniform seines preussischen Kaiser Alexander-Garde-Regiments Nr. 1. Nach fast halbstündigem Aufenthalt verabschiedete sich der Kaiser in herzlichster Weise von dem Prinzen, der heute Abend 11 Uhr Moskau verläßt. Im Laufe des heutigen Vormittags hatte Prinz Albrecht den unter Führung des deutschen Konsuls erschienenen Vorstand des hiesigen Vereins deutscher Reichsangehöriger empfangen. — Anlässlich des Todes der Prinzessin Marianne ist der für Freitag angesagte Ball bei dem deutschen Botschafter, Generalleutnant von Schweinitz, heute abgesetzt worden.

Petersburg, 30. Mai. [Privat-Telegramm der „Posener Zeitung“.] Hier herrscht allgemeine Aufregung. Die Polizei hat am gestrigen Vorabend verfügt, daß die Häuser sofort ihres Schmuckes zu entkleiden und die Vorrichtungen zur weiteren Illumination zu beseitigen sind. Die ungeheuerlichsten Gerüchte durchschwärmen die Stadt. Kolossale Straßenunordnungen und Pöbelrevellen am Abend des ersten und zweiten Ordnungstages sind vorgekommen. Equipagen wurden angehalten, Privatpersonen, auch ein Polizeioffizier halb todt geschlagen. Für die Fortsetzung des Volksfestes auf dem Marsfelde sind die umfassendsten Sicherheits-Vorbereitungen getroffen worden.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Bosen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserats übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Bosen im Mai.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m Seeshöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. Grad.
30. Nachm. 2	757,5	SO schwach	wolkenlos	+22,6
30. Abnds. 10	757,1	D schwach	heiter	+17,0
31. Morgs. 6	757,3	D schwach	fein bezogen	+16,8

Am 30. Wärme-Maximum: +25° 8 Cels.
Wärme-Minimum: + 8° 6

Wasserstand der Warthe.

Bosen, am 30. Mai Morgens 0,84 Meter.
„ „ 30. „ Mittags 0,84 „
„ „ 31. „ Morgens 0,84 „

Telegraphische Börsenberichte.

Waus-Sourse.

Frankfurt a. M., 30. Mai. (Schluß-Course.) Auf die Nachricht von der Einführung der Illumination in Petersburg matt. Lond. Wechsel 20,507, Pariser do. 81,125. Wiener do. 170,70. S.-M. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 100½. R.-M.-Pr.-Anst. 127½. Reichsbank 102½. Reichsbank 149½. Darmst. 149½. Meining. Bl 95½. Ost-ung. 712,50. Kreditaktien 252½. Silberrente 67. Bamerente 66½. Goldrente 84½. Ung. Goldrente 75½. 1860er Loose 120½. 1864er Loose 322 40. Ung. Staatsb. 223,00. do. Ost-Ob. II. 96½. Böhm. Westbahn 257½. Elisabethb. —. Nordwestbahn 169½. Galizier 252½. Aranzolen 278½. Lombarden 131½. Italiener 92½. 1877er Rufen 90½. 1880er Rufen 72½. II. Orientanl. 56½. Centr.-Pacifc 111½. Distanto-Kommandit —. III. Orientanl. 57½. Wiener Bankverein 90. 6½ österr. österr. Papierrente 79½. Südbahnen —. Ägypter 74½. Gotthardbahn 118½. Türken 12. Westfälische Eisenbahn 88. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 251½, Franzosen 279, Galizier 252½, Lombarden 131½, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, Ägypter —, Gotthardbahn 119½.

Wien, 30. Mai. (Schluß-Course.) Matt. Papierrente 78,15. Silberrente 78,80. Dester. Goldrente 99,00. 6proz. ungarische Goldrente 120,35. 4proz. ungar. Goldrente 88,37½. 5proz. ungar. Papierrente 86,60. 1864er Loose 119,50. 1860er Loose 134,50. 1864er Loose 170,00. Kreditlose 170,00. Ungar. Reichsbank 114,00. Kreditaktien 295,60. Franzosen 327,10. Lombarden 147,80. Galizier 235,75. Ruff. Oest. 144,75. Nordwestb. 148,00. Nordwestb. 199,00. Elisabethbahn 221,00. Nordbahn 2742,50. Desterreich. ungar. Bank —. Tür. Loose —. Unionbank 116,50. Anglo-

Austr. 112,50. Wiener Bankverein 105,50. Ungar. Kredit 292,00. Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 120,10. Pariser do. 47,50. Amsterdamer do. 99,20. Napoleons 9,51½. Dufaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,55. Ruffische Banknoten 1,18½. Desterreich. Czernowitz —. Kronpr.-Rudolf 167,50. Franz.-Josef —. Dux. Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elisabethb. 215,00. Tramway 215,50. Buscherader —. Dester. Spro. Papier 93,20. Wien, 30. Mai. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien —. Dester. Kreditaktien 293,00. Ungar. 4proz. Goldrente 88,27½. Franzosen —, Lombarden —, Galizier —, Nordwestbahn —, Elbthal —. Dester. Papierrente —. Spro. ungar. Papierrente —, Marknoten —, Napoleons —, Bankverein —. Auswärtige Notierungen drücken.

Paris, 30. Mai. (Schluß-Course.) Schwach. Spro. amortisirt. Rente 81,17½. Spro. Rente 79,85. Anleihe de 1872 109,10. Ital. Spro. Rente 92,95. Desterreich. Goldrente 84. 6proz. ungar. Goldrente 103½. 4proz. ungar. Goldrente 76½. 5proz. Ruffen de 1877 94½. Franzosen 693,75. Lombard. Wien. Bahn-Aktien 325,00. Lombard. Prioritäten 298,00. Türken de 1865 117,0. Türkenlose 55,60. III. Orientanleihe —.

Petersburg, 30. Mai. Wechsel auf London 23½. II. Oriente Anleihe 92½. III. Oriente Anleihe 92½. Hamburg —. London, 30. Mai. Consols 102½. Italien. 6proz. Rente 91½. Lombarden 12½. Spro. Lombarden alte 11½. Spro. do. neue 11½. Spro. Ruffen de 1871 86½. Spro. Ruffen de 1872 86. Spro. Ruffen de 1873 87½. Spro. Türken de 1865 11½. Spro. fundirt. Amerik. 105½. Desterreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungar. Rente 83. Dester. Goldrente 83. Spanier 64½. Ägypter 73. Ottomanbank 20½. Preuß. 4proz. Consols 101½. Schwach. Silber —. Ragbiskont 3½ pSt.

Newyork, 29. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94½. Wechsel auf London 4,84½. Cable Transfers 4,88½. Wechsel auf Paris 5,17½. 3proz. Rente fundirt. Anleihe 102½. 4proz. Rente fundirt. Anleihe von 1877 119½. Erie-Bahn 34½. Central-Pacifc-Bonds 114½. Newyork Centralbahn-Aktien 121½. Chicago- und North Western Eisenbahn 147½. Geld abundant, für Regierungsbonds 1, für andere Sicherheiten 2½ Prozent. Morgen Feiertag.

Prodnkten-Rurse.

Bremen, 30. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Sehr fest. Standard white loco 7,45 bez., per Juni 7,45 bez., per Juli 7,60 Br., per August 7,70 Br., per August-Dezember 8,00 Br.

Hamburg, 30. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loco fest, auf Termine ruhig, per Mai 192,00 Br., 191,00 Gd., per Juni —, Juli-August 190,00 Gd., 189,00 Gd. — Roggen loco fest, auf Termine ruhig, per Mai 148,00 Br., 147,00 Gd., per Juli-August 150,00 Br., 149,00 Gd. Hafer beh. Gerste unveränd. Rüböl rubig, loco 72, Oktober 62,00. Spiritus fester, per Mai 44½ Br., per Juni-Juli 44½ Br., Juli-August 45 Br., per August-September 45½ Br. Kaffee matt, geringer Umsat. Petroleum fest, Standard white loco 7,50 Br., 7,40 Gd., per Mai 7,45 Gd., per August-Dezember 7,95 Gd. — Wetter: Schön.

Wien, 30. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr —, — Br., per Herbst 10,68 Gd., 10,73 Br. Roggen per Frühjahr — Gd., — Br., per Herbst 8,40 Gd., 8,45 Br. Hafer per Frühjahr — Gd., — Br. Weizen (internationaler) pr. Mai-Juni 7,18 Gd., 7,23 Br.

Wien, 30. Mai. Produktenmarkt. Weizen loco befestigt, per Herbst 10,55 Gd., 10,60 Br. — Hafer per Herbst 6,66 Gd., 6,68 Br. Weizen pr. Mai-Juni 6,70 Gd., 6,75 Br. Kobltraps pr. August-September 14½.

Paris, 30. Mai. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Mai 26,10 per Juni 26,40, per Juli-August 26,90, per September-Dezember 27,50. — Roggen ruhig, per Mai 17,00, per Septbr.-Dezember 19,25. — Weizen 9 Marais behauptet, per Mai 57,30, per Juni 57,60, per Juli-August 58,75, per September-Dezember 59,75. — Rüböl fest, per Mai 102,50, Juni 99,75, per Juli-August 84,25, per Septbr.-Dezbr. 76,75. — Spiritus matt, per Mai 50,00, per Juni 51,00, per Juli-August 51,50, per September-Dezember 51,75. Wetter: Bedeckt.

Amsterdam, 30. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unv., per Mai 265,00, per November 283. Roggen loco hdb., auf Termine unv., per Mai 173, per Oktober 178. — Hafer per Mai —, per Herbst — fl. Rüböl loco 42½, per Mai —, per Herbst 36½.

Antwerpen, 30. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raha finirtes, loco weiß, loco 18½ bez., 18½ Br., per Juni 18½ Br., per September 19½ Br., per September-Dezember 20 bez., 20½ Br. Fein.

Liverpool, 30. Mai. Baumwoll. (Schlußbericht.) Umsat. amerikanische Juni-Juli Lieferung 5½. August-September-Lieferung 5½, September-Dezember-Lieferung 5½, Oktober-November-Lieferung 5½, November-Dezember-Lieferung 5½ d.

London, 30. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 57,800, Gerste 1600, Hafer 73,170 Qrts.

Weizen ruhig, Preise nominell unverändert, Hafer träge, weichend, Mehl rubig, stetig, andere Artikel fest.

Stettin, 30. Mai. [In der Börse.] Wetter: Schön + 16° N. Barometer 28,6 Wind: SO.

Weizen etwas matter, per 1000 Kilogr. loco gelber und weißer 180-196 M., geringer feuchter 162-178 M., per Mai 196,5-195,5 M. bez., per Mai-Juni 194-193 M. bez., 193,5 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli do., per Juli-August 195 M. Br., per September-Oktober — Mark bez., per September-Oktober 197 bis 196 Mark bezahlt. — Roggen matter, per 1000 Kilogr. loco inländischer 140-145 M. mit Geruch — Mark, per Mai 147 bis 146,5 Mark bezahlt, per Mai-Juni 145,5-144,5-145 M. bei. Juni-Juli 145,5-144,5-145 M. bez., per Juli-August 147 M. Br., 146,5 M. G., per August-September — M., per September-Oktober 150-149,5 M. bez., per Oktober-November 151-149,5-150 M. bez., per November — M. bez. — Gerste matt, per 1000 Kilogramm loco Ruffen, Oesterr. und Pommerische — M., Futter 120-130 M., bessere 132-140 M., feine — M. — Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco pommerischer 120 bis 127 M., feiner 129-131 M. — Winterweizen hille, per 1000 Kilo per September-Oktober 285 M. nom. — Winterweizen per 1000 Kilogr. — M. — Rüböl hille, per 100 Kilo loco ohne Fas bei Kleinigkeiten 72 M. Br. abgel. Anmeldung —, per Mai 70 M. bez., per Mai Juni 69 M. Br., per Juni Juli 61,5 M. Br., per September-Oktober 60,5 M. Br. — Spiritus ruhig, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Fas 56 M. bez., turke Lieferung ohne Fas — M. abgel. Anmelde. — M., per Mai 56-56,2 bez., per Mai-Juni 56 M. Br. u. G., per Juni-Juli 55,9-58,8 M. bez., per Juli-August 56,5 M. bez., per August-September 57,1 M. bez., per September-Oktober 55,7-55,5 M. bez., 55,3 M. Br. u. G. — An gemeldet: 1000 Str. Roggen. — Regulierungspreis: Weizen 196 M., Roggen 147 Mark, Rüböl 70 Mark, Spiritus 56,1 Mark. — Petroleum loco 7,9-8 M. trans. bez., Regulierungspreis 7,95 M. transito, alte Ufance — M. tr. bez. — Thran, brauner Berger Leber — M. tr. per 100 Kilo bez. — Samaja, Marke Clifton — M. tr. — Fairbank — tr. bez. — Kartoffelmehl prima — M., secunda — M. bei Posten per 100 Kilogramm inkl. Sack. — Lein samena — Rigaer extra puif — M.

Heutiger Landmarkt: Weizen 1-6-204 M., Roggen 140-152 M. Gerste 125-134 M., Hafer 126-132 M., Erbsen 156-171 M., Winterweizen — M., Kartoffeln 63-72 M., Heu 2-2,5 M., Stroh 15-18 M. (Dfreesztg.)

Produkten-Börse.

Verlin, 30. Mai. Wind: S.O. Wetter: Heiß. Der heutige Markt nahm wieder einmal einen ganz unerwarteten Verlauf. Nachdem die auswärtigen Berichte nicht den geringsten Wiederhall der gestrigen Hiesigen Hausse gemeldet hatten, war die Erwartung flauer Tendenz gewiss nicht ohne Berechtigung und der Beginn war auch recht matt, der spätere Verlauf aber für die meisten Artikel entschieden fest.

Soja-Weizen in kündigungsfähiger Waare gut preisbehaltend. Termine setzten unter dem Eindruck der flauen englischen und niedrigeren Newyorker Notierungen matt ein und wurden reichlich 1 Mark billiger verkauft. Alsdann aber trat in Folge fortgesetzter ungünstiger Acceptationen reger Begehr für spätere Sichten auf, welche dadurch den ganzen Rückgang wieder einholten. Nur Juni-Juli blieb gegen gestrigen Kurs zurück. Lausener Monat mußte in Deckung ein Geringes theurer bezahlt werden.

Soja-Roggen ging zu letzten Preisen sehr wenig um. Der Terminhandel hatte ungesähr denselben Verlauf, wie in Weizen, nur daß hier die günstige Tendenz von der Wagspekulation in noch offenerer Weise pouffirt wurde. Kurse schlossen etwa wie gestern, doch gestaltete sich auch hier der Report etwas größer.

Soja-Hafer nur in seiner Waare beachtet, Termine kaum verändert. Roggenmehl behauptet. Mais in effektiver Waare still. Termine fest. Rüböl matt und wenig belebt. Preise stellten sich namentlich für nahe Lieferung niedriger, doch bedang schließlich Mai wieder ein kleines Aufgeld gegen Mai-Juni.

Petroleum preisbehaltend. Spiritus setzte matt ein und wurde durchgängig billiger verkauft, befestigte sich aber im weiteren Verlaufe durch ziemlich umfangreiche spekulative Ankäufe und schloß mit Behauptung einer kleinen Verringerung in recht fester Haltung.

Fonds- und Aktien-Börse.

Verlin, 30. Mai. Die Haltung der Börse war heute matt. Aus London zwar wurde ein glatter Verlauf der Liquidation und ein recht flüssiger Geldstand gemeldet, aber Paris war verstimmt und Wien war matt, sowohl an der gestrigen Abend- als an der heutigen Morgenbörse und Kredit-Aktien notirten meistens niedriger. Hier zeigte sich die unangünstige Haltung namentlich in starker Realisationslust, welche die Kurse ziemlich ansehnlich herabdrückte. Das Geschäft

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 140-215 Mark nach Dual, gelbe Lieferungqualität 197 Mark, feiner gelber 198 ab Bahn bez., mittel polnischer - ab Bahn bez., bunter -, weicher -, schlechter -, per diesen Monat 199-199,5 bez., per Mai-Juni 186 bis 187,5 bez., per Juni-Juli 187-187,5 bez., per Juli-August 189,5-191 bez., per August-September -, per September-Oktober 195,25 bis 198 bez., per Oktober-November 197,5-198 bez. Durchschnittspreis - bez. Gefündigt 4000 Ztr. per 6000 Kilogr.

Roggen per 1000 Kilogramm loco 130-151 nach Dualität, Lieferungqualität 159 M., inländ. feiner 149-150,5 M. ab Bahn bez., geringer -, mittel 144-146 M. ab Boden und Bahn bez., guter -, ordinärer mit Geruch - ab Bahn bez., per diesen Monat 150,25 bis 150,75 bez., per Mai-Juni 150-149,75-150,5 bez., per Juni-Juli 150-149,75-150,5 bez., per Juli-August 151-151,75-151,5 bez., August-September -, per September-Oktober 153,25-154 bez., per Oktober-November 153,75-154,25 bez. Gefündigt 3000 Ztr. Durchschnittspreis - Ründigungspreis - M.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 125-200 nach Dualität, schlechte mittel - M., Oberbruder - M., geringer markt. - M., preussischer - ab Bahn bez., Futtergerste 130 bez.

Hafer per 1000 Kilogramm loco 128-155 nach Dualität. Lieferungqualität 130,5 M., guter preussischer 134-142, feiner do. 147-148, schlechter 128-134, feiner do. - bez., russischer - M., per diesen Monat - nom., per Mai-Juni - nom., per Juni-Juli 130,75 bez., per Juli-August 133 bez., per September-Oktober 135,5 bez. Gefündigt - Zentner. Ründigungspreis - M. per 1000 Kilo.

Rais loco 142-144 nach Dual., per diesen Monat - bez., per Mai-Juni - nom. - Gefündigt 1000 Ztr. Erbsen Kochwaare 170-220, Futterwaare 150-165 per 1000 Kilogramm nach Dualität.

Karto e mehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. loco und per diesen Monat 27,5, per Mai-Juni -, per Juni-Juli - Mark, per Juli-August -, bezahlt, per September-Oktober -, bezahlt, Durchschnittspreis -

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto inkl. Sad. loco und per diesen Monat 27,05 M., per Mai-Juni -, Juni-Juli -, M., per Juli-August -, bez., - Dr., per September-Oktober -, bez.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert inkl. Sad. per diesen Monat 21,35-21,40 bez., per Mai-Juni 20,05 M. bez., per Juni-Juli 21-21,05 bez., per Juli-August 21,15-21,20 bez., per September-Oktober 21,35-21,40 bez., per Oktober-November - bez. Gefündigt - Ztr. Durchschnittspreis -

Weizenmehl Nr. 00 27,50-25,25, Nr. 0 25-23,50, Nr. 0 u. 1 22,50-21,25. Roggenmehl Nr. 0 22,75-21,75 Nr. 0 u. 1 21,25 bis 20,00. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Rüböl per 100 Kilogramm loco mit Faß - M., ohne Faß - bez., per diesen Monat 71,8-71,4-71,5 bez., per Mai-Juni 71,4-70,8 bis 71,1 bez., per September-Oktober 69,6-60,4 bez., per Oktober-November - Gefündigt 3700 Ztr. - Durchschnittspreis -

Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Fosen von 100 Kilogr., loco -, per diesen Monat 23,8 M., per September-Oktober 23,8 M. Gefündigt 1000 Ztr.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 55,6 bez., loco mit Faß -, mit leihweißen Gebinden - bezahlt, ab Sweicher - bez., frei Haus - M., per diesen Monat 55,5-55,4-55,6 bez., per Mai-Juni 55,3-55,2-55,6 bez., per Juni-Juli 55,3-55,2-55,6 bez., per Juli-August 56,3-56,2-56,6 bez., per August-September 56,9-56,7-57,2 bez., per September-Oktober 55,3-55,2-55,6 bez., per Oktober-November - bezahlt, per November-Dezember - bezahlt - Gefündigt 2000 Liter.

konzentrierte sich hauptsächlich auf Kredit-Aktien, Marienburger und Russische Anleihen, im Uebrigen herrschte große Geschäftsläue.

In Kreditaktien fanden große Schwankungen statt, die Notierungen variierten schnell zwischen 508 1/2, 506 1/2, 507 und endlich 503 1/2. Auch spekulative Banken waren stark nachgebend, Disk.-Kommand. verloren bei geringem Verkehr 2 1/2 Proz., Deutsche Bank 1 1/2 Proz.; ferner büßten Franzosen 3/4 M., Lombarden 2 M. ein, die anderen österr. Bahnen blieben fast ganz unbeachtet, inländische Bahnen wurden nur wenig und auch meist auf niedrigeren Kursen gehandelt, Diskonten wurden stark offirt

und daher um 5 Prozent gemindert. Marienburger waren recht belebt, bald gesucht, bald angeboten, endlich stieg die Nachfrage und ließ den Kurs dieser Aktien um 1 1/2 Prozent steigen; Gotthardbahn aber ermatteten und verloren 2 1/2 Prozent. Montanwerke blieben ganz geschäftlos und im Ganzen weichend, so Dortmund Union um 2 1/2 Prozent. Auch Russische Anleihen und Noten waren 1/2 niedriger; ebenso Ungarische Goldrente und Italiener matt und 1/2 Prozent weichend. Inländische Fonds waren still, aber gut behauptet. Der Privatdiskont 2 1/2 Prozent.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 50 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden österr. Währung = 12 Mark. 100 Gulden österr. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. St.-G., Ost-Pr. B. (Elbeth.), Nord. Bant., Reichsbank, Industrie-Aktien, Bank-Aktien, Hypotheken-Certifikate, Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen. Each column lists various financial instruments and their current market prices.